

Mindestlohnbetreffenheit – Besonders starker Rückgang geringfügiger Beschäftigung in den Neuen Bundesländern

Viele Ökonomen haben prognostiziert, dass die Anzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (Minijobs) als Folge des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns deutlich zurückgehen wird. Tatsächlich hat sich die Anzahl der gewerblichen Minijobs im Juni 2015 um ca. 190 000 Beschäftigungsverhältnisse gegenüber dem Vorjahr reduziert, wie eine Darstellung des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zeigt. Der Rückgang ist durchschnittlich umso größer, je mehr Personen in einem Bundesland vor Einführung des Mindestlohns weniger als 8,50 Euro brutto je Stunde verdienten.

Pressekontakt:

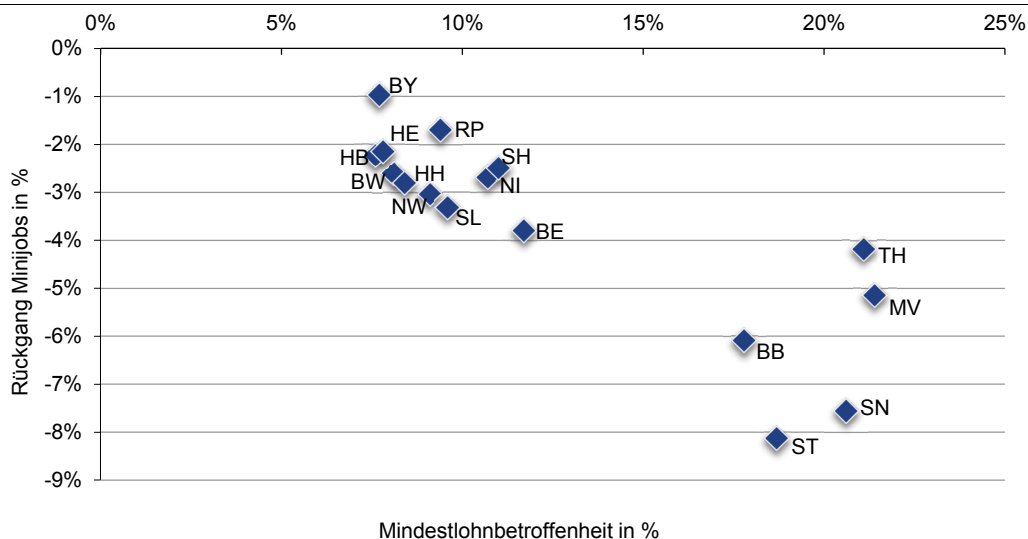
Stefanie Müller
Telefon:
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Oliver Holtemöller
Telefon:
+49 345 7753 800
E-Mail:
ohr@iwh-halle.de

Abbildung:

Entwicklung Minijobs von Juni 2014 bis Juni 2015 und Mindestlohnbetreffenheit nach Bundesländern



Politische Ressorts:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (**BMAS**), Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (**BMWi**)

Wissenschaftliche

Schlagwörter:
gesetzlicher Mindestlohn,
Minijobs

Aktueller Bezug:

Rückgang geringfügiger
Beschäftigungsverhältnisse

IWH

Quellen: *Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See/Minijob-Zentrale*: Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung – II. Quartal 2015; *Knabe, A.; Schöb, R.*: Regionale und qualifikationsspezifische Auswirkungen des Mindestlohns. Folgenabschätzung und Korrekturbedarf. Berlin 2014; Darstellung des IWH.

Die Abbildung zeigt die Mindestlohnbetreffenheit nach Bundesländern und stellt dar, wie sich die Anzahl der Minijobs gegenüber dem Vorjahr verändert hat. Unter Mindestlohnbetreffenheit sind Arbeitsverhältnisse zu verstehen, bei denen die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns am 1. Januar 2015 direkte Lohneffekte zur Folge hatte. Es handelt sich also um Beschäftigungsverhältnisse, in denen Arbeitnehmer vor dem 1. Januar 2015 einen Bruttostundenlohn von weniger als 8,50 Euro erzielten.^a Oliver

**Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle (IWH)**

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik am IWH, erläutert: „Es ist auffällig, dass Bundesländer mit einer hohen Mindestlohn betroffenheit einen stärkeren Rückgang an Minijobs zu verzeichnen haben als solche mit vergleichsweise niedriger Betroffenheit. Die Abbildung legt daher nahe, dass zwischen beiden Größen ein Zusammenhang existiert.“ Empirische Studien, die kausale Effekte des Mindestlohns auf die geringfügige Beschäftigung wissenschaftlich belegen, sind gegenwärtig noch nicht verfügbar.

Demgegenüber verzeichnet die Bundesagentur für Arbeit einen Rückgang der Arbeitslosenquote im Juni 2015 um 0,3% auf 6,2% im Vergleich zum Vorjahresmonat.^b Inwiefern sich dieser Rückgang durch einen Übergang von Minijobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse erklären lässt, ist noch nicht ausführlich untersucht worden.

^a Der hier dargestellte Anteil der Mindestlohn betroffenheit umfasst alle Beschäftigungsverhältnisse, bezieht sich also nicht ausschließlich auf Minijobs.– ^b *Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht Juni 2015.*

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel.: +49 345 7753 800, E-Mail: Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Müller
Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

IWH-Expertenliste:

Die *IWH-Expertenliste* bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die *Pressestelle* des IWH.

Die Aufgaben des **Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)** sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 89 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.